

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 10.— M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 9.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3.— M. u. 40% Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 1,50 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22/26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelstells): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800, 11801, 11802 bis 11852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Rapp in Stockholm verhaftet.

Die Flucht nach Schweden.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

In Kopenhagen, 16. April.

Wie ich soeben höre, ist Dr. Rapp in Stockholm verhaftet worden. Er reiste mit einem falschen Paß auf den Namen Dr. Wilhelm Ranik.

Nach einer Meldung der „Afton-Tidningen“ ist Dr. Rapp im Badhotel in Södertelge angehalten worden. Er war

mit einem Flugzeug nach Schweden gekommen, das in Schonen landete, worauf er die Reise mit der Bahn in nördlicher Richtung nach Stockholm fortsetzte. Von der Hotelleitung wird mitgeteilt, daß Rapp am Mittwoch abend in Stockholm ankam und in einem Hotel unter dem Namen Dr. v. Ranik, auf der Reise von Deutschland über Malmö Wohnung nahm. Den Zweck der Reise habe er nicht angegeben. Heute mittag kamen zwei Detektive aus Stockholm in Södertelge an. Der angebliche Dr. v. Ranik erklärte ihnen, wer er sei. Gegen 3 1/2 Uhr nachmittags begaben sich die Detektive zusammen mit Rapp in Automobilen nach Stockholm.

Die Verhaftungen im Reichswehrministerium.

Aus dem Polizeipräsidium wird dem W. S. B. mitgeteilt: „Der Polizeipräsident Richter, dem in seiner Eigenschaft als Regierungskommissar für den Landespolizeibezirk Berlin die Entscheidung über Schußhaftangelegenheiten zusteht, hat es abgelehnt, die Schußhaft gegen die vom Reichswehrminister in der Nacht zum Freitag früh im Anschluß an eine Besprechung im Wehrministerium festgenommenen Offiziere und Zivilpersonen zu verhängen. In den eingehenden Vernehmungen, die im Polizeipräsidium stattgefunden haben, ist keinerlei Beweis dafür erbracht, daß die im Reichswehrministerium stattgehabte Zusammenkunft der festgenommenen Personen einen Umsturz der Regierung zum Ziele hatte oder daß sie sonst in irgend einer Weise geeignet gewesen wäre, die öffentliche Ordnung, Ruhe oder Sicherheit zu gefährden. Der Polizeipräsident hat daher die sofortige Freilassung der Festgenommenen veranlaßt.“

Im gestrigen Abendblatt wurde aus dem Reichswehrministerium mitgeteilt, daß die Teilnehmer an einer Sitzung im Dienstzimmer des Hauptmanns v. Viebahn festgenommen und bis zur weiteren Klärung dem Polizeipräsidium übergeben worden seien. Die Untersuchung, die durch den Staatskommissar für die öffentliche Ordnung geleitet wurde, hat im Laufe des Nachmittags zu der Freilassung der Beteiligten geführt.

Die Entscheidung über die Haftentlassung erfolgte durch den Polizeipräsidenten Richter (Soz.), der für Berlin und die Provinz Brandenburg als Zivilkommissar Inhaber der vollziehenden Gewalt ist. Diese Neuregelung ist durch eine Verfügung des Reichspräsidenten vom 14. April erfolgt. Nicht mehr der Militärbefehlshaber entscheidet über die Beschränkung in der persönlichen Freiheit, der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, sondern der Regierungskommissar, gegen dessen Anordnungen das Beschwerderecht an den Reichsminister des Innern offensteht. Dagegen gilt für die gerichtliche Untersuchung gegen Militärpersonen noch die Zuständigkeit der Militärgerichte. Diese Untersuchung ist eingeleitet, und geht, wie anzunehmen ist, ihren Gang weiter.

Die Offiziere — es handelt sich außer um den Hauptmann v. Viebahn noch um den Kapitänleutnant Altkater — erklärten, sie hätten die Verhandlungen mit den linksradikalen Kreisen nicht auf eigene Faust unternommen, sondern mit Wissen ihrer vorgesetzten Behörde. Es habe sich darum gehandelt, auf friedlichem Wege die Waffenabgabe zu erreichen. Sie hätten vorgeschlagen, daß die Waffen der Arbeiter in Depots abgegeben werden sollten, die unter gemeinschaftlicher Kontrolle des Reichswehrministeriums und der Arbeiterschaft stehen sollten. Die Vermittlung habe der ihnen persönlich bekannte Herr Bartram übernommen. Dieser habe auch eine Besprechung mit Herrn Wegmann in dessen Wohnung am vorigen Sonntag nachmittag zustande gebracht. In der Besprechung sei von den Offizieren lediglich dargelegt worden, daß das Mißtrauen zwischen Arbeiterschaft und Reichswehr verschwinden müsse, dazu würde am besten die Waffenabgabe der Arbeiter und die Verwaltung der Waffen unter gemeinsamer Kontrolle dienen.

So weit die Aussagen der Offiziere, nach Angaben der „W. S. B.“, die im wesentlichen auch mit unseren Informationen übereinstimmen. Es wird uns bestätigt, daß Hauptmann v. Viebahn seine Vorgesetzten von seiner Absicht in Kenntnis gesetzt hatte, die Waffenabgabe in der erwähnten Weise anzubahnen. Die Besprechung im Dienstzimmer des Hauptmanns von Viebahn fand mit Zustimmung seiner Vorgesetzten statt, und Hauptmann Wolschke wurde von dem Stabschef, General von Oldershausen, beauftragt,

dieser Sitzung beizuwohnen. So weit wäre alles in Ordnung, wenn auch noch offen bleibt, ob die Vorgesetzten des Hauptmanns von Viebahn über die Besprechung im Hause Wegmanns unterrichtet gewesen sind, und ob sie über alle Absichten und Maßnahmen ihres Untergebenen auf dem laufenden waren. Herr Bartram ist in politischen und gewerkschaftlichen Kreisen wenig bekannt. Anders steht es mit Herrn Wegmann, der in den ersten Tagen der Revolution als Mitglied des Groß-Berliner Vollzugsrats eine nicht geringe Rolle spielte und auch jetzt noch zu den Führern der sogenannten „revolutionären Betriebsräte“ gehört. In der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei steht er auf dem linken Flügel. Er ist jedenfalls ein Mann, dessen bisheriges Wirken nicht gerade den Eindruck erweckt, als sei es ihm um die Beilegung von Schwierigkeiten und Streitigkeiten zu tun.

Dieser linksradikale Führer hat, wie die erwähnte Korrespondenz meldet, Aussagen gemacht, die den Erklärungen der Offiziere direkt widersprechen, wobei die Möglichkeit offen bleibt, daß Hauptmann v. Viebahn das Ziel, das er nach seiner Angabe erreichen wollte, — die Waffenabgabe —, auch auf dem Wege der Täuschung angestrebt hat. Wegmann erklärte bei der Vernehmung durch den Staatskommissar Dr. Weiskamm, er habe in die Unterredung nur eingewilligt, weil Bartram, den er persönlich auch nicht näher kannte, ihm gesagt habe, es handle sich um Offiziere, die die bisherige Politik verdammen und einsehen, daß eine Gefundung Deutschlands nur durch die Diktatur des Proletariats möglich sei. Er habe den Offizieren ursprünglich sein Mißtrauen offen ausgesprochen. Aber diese hätten wiederholt die Ehrlichkeit ihrer Einstellung beteuert. Von einer Entwaffnung der Arbeiterschaft sei nicht die Rede gewesen, sondern von einer Bewaffnung zum gemeinschaftlichen Vorgehen mit der Reichswehr gegen die Regierung. Zum Schluß hätten sich die Anwesenden festerlich gegenseitig strengstes Stillschweigen zugesagt.

Auch wenn man die ganze Sache nicht überschätzt, so ergibt sich doch aus dieser Aussage die Notwendigkeit, daß die Untersuchung mit allem Nachdruck fortgesetzt werden muß. Vor allem muß auch die Rolle des Herrn Wegmann einer kritischen Nachprüfung unterzogen werden. Wenn auch die Möglichkeit vorliegt, daß er nur einmal „hören“ wollte, was die andere Seite beabsichtige, so ist doch von solchen unverbindlichen Besprechungen zu ernsteren Absichten nur ein Schritt.

Die Entlassung aus der Schußhaft soll der Polizeipräsident damit begründet haben, daß nur zwei Möglichkeiten bestehen. Entweder hätten die beiden Offiziere wirklich an eine Verschönerung mit den Kommunisten gedacht, dann gehörten sie ins Irrenhaus und nicht in die Schußhaft, oder sie hätten durch eine List die Waffenabgabe herbeiführen wollen, dann seien es betrogene Betrüger.

Man muß verlangen, daß das gerichtliche Verfahren vollends Klarheit schafft. Jedenfalls kann die Sache nicht damit abgetan sein, daß man, wie es in einem Teil der Presse geschieht, von einer neuen „Mystifikation“ spricht. In Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, dürften die verantwortlichen Personen nicht erneut den Vorwurf auf sich laden, daß sie Warnungen überhört und eine unangebrachte Vertrauensseligkeit gezeigt hätten. Es ist eine der verhängnisvollen Folgen des Lüttwitsch-Putsches, daß das uneingeschränkte Vertrauen, das den Offizieren entgegengebracht wurde, sich in das Gegenteil verwandelt hat. Wir haben bereits betont, daß auch jetzt nicht mit zweierlei Maß gemessen werden darf. Aber gerade im Interesse einer Wiederherstellung des Ansehens der Reichswehr liegt es, wenn der Verdacht beseitigt wird, als ob irgendwo oder irgendwie eine Vertuschung erfolgt. Der Reichswehrminister ist in den letzten Tagen wiederholt in der linksstehenden Presse angegriffen worden, weil er, gleich seinem Vorgänger, allzu abhängig von seinen Untergebenen sei. Wenn er jetzt die Probe auf das Exempel gemacht und gezeigt hat, daß er vor einem Eingreifen unter keinen Umständen zurückschreckt, so kann das nur dazu beitragen, das Vertrauen neu zu beleben, das der deutschen Wehrmacht in ihrer Gesamtheit entgegengebracht werden muß, wenn sie zu einem sicheren Fundament der Republik werden soll.

„Unternehmer-Kasse.“

Von

Baurat Dr. Paul Meyer,
Direktor der Dr. Paul Meyer A.-G.

Der nachfolgende Artikel knüpft an den offenen Brief an Herrn Justizrat Dr. Waldschmidt an, den Herr Robert Friedländer in der Ausgabe der „Vossischen Zeitung“ vom Sonntag, dem 4. April, unter dem Titel „Gottesgnadentum in der Wirtschaft“ veröffentlichte.

Diese Zeilen sollen kein Rechtfertigungs- oder Abweherversuch für Herrn Justizrat Dr. Waldschmidt sein. Eine solche Aktion kann ihm überlassen bleiben; er mag und kann sich allein verteidigen, wenn er es für nötig hält. Sie sollen ein scharfer Protest eines in nunmehr dreißigjähriger unmittelbarer Betriebspraxis stehenden Unternehmers und Arbeitgebers sein, gegen das durchaus schlechte und unrichtige Bild, welches Ihre Zeilen, Herr Friedländer, in der Öffentlichkeit über deutsches Unternehmertum erwecken können. Ausgeschlossen werden soll dabei von vornherein die Absicht, etwa in den vollkündenden, scharf zugespihten Sätzen zu sprechen, die Sie anwenden. Die ruhige, nüchterne, sachliche Sprache des Betriebspraktikers darf dabei wohl schließlich auf das gleiche Verständnis in dem lesenden Kreise rechnen.

Warum Sie aus den Unternehmern eine Klasse oder Kasse machen wollen, weiß ich nicht, ist auch für mich nebensächlich. Ich fühle mich nicht als Mitglied einer solchen und fühle mich auch keinesfalls als „wirtschaftlicher Romantiker“, wie Sie schreiben, der die alte Zeit zurückwünscht. Ich glaube auch aus meiner Kenntnis derjenigen Geschäftszweige, in denen ich Beschäftigt und deren hervorragende Vertreter ich im allgemeinen kenne, nämlich der Elektrotechnik und des Maschinenbaus, sagen zu können, daß auf keinen — ich wage die Behauptung — der mir bekannten zahlreichen Unternehmer aus diesen Kreisen das Bild paßt, welches Sie sich auf Grund des Auffasses des Herrn Dr. Waldschmidt von diesem und, wie Sie sagen, von den Leuten machen zu müssen glauben, die der Waldschmidt'sche Geist erfüllt. Diejenigen Unternehmer, in welchen gerade von Ihnen gewünschte „soziale Gedanken“ tätig ist, dürften in diesen Kreisen zahlreicher sein, als Sie wissen, und gerade diesen mußte das Erscheinen des Betriebsrätegesetzes eine schwere Gefahr bedeuten, eine Gefahr, die darin liegt, daß es ein Experiment von unübersehbaren Folgen ist. Es scheint Ihnen gänzlich unbekannt zu sein, daß trotzdem auch Sie, wie Sie sagen, zu der Kasse und Klasse der Unternehmer gehören, die in stets fortschreitender Entwicklung die schon lange vorhandenen Arbeiter- und teilweise vor und teilweise nach der Revolution entstandenen — Angestellten-Ausschüsse zu jenem bindenden Glied zwischen Unternehmer und Arbeitgeber einerseits, und Arbeitnehmer andererseits ausgebildet wurden, welches zum gedeihlichen Zusammenarbeiten notwendig ist. Die in gemeinsamen Verhandlungen sich immer vergrößernden Berührungspunkte, die Notwendigkeit, naturgemäß sich ergebende Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten durch gründliche, sachliche Verhandlungen am gemeinsamen Beratungstisch auszugleichen, führten die Arbeitgeber und Arbeitnehmer soweit zusammen, daß nach Überwindung der zunächst sich einstellenden Hindernisse, ein durchaus gedeihliches Zusammenarbeiten möglich erschien. Die Hindernisse bestanden hauptsächlich darin, daß nach der Revolution die Forderungen der Arbeitnehmer sich in Formen bemerkbar machten, welche in gewissem Umfange mit der Führung eines geordneten Betriebes unvereinbar waren. Hier galt es, den richtigen Mittelweg, der allein zum Ziele führen konnte, zu finden. Und ich glaube behaupten zu können, er war gefunden. Ich behaupte weiter mit aller Ruhe, er ist gefährdet durch das Betriebsrätegesetz. Eine abfällige Kritik mußte jeder Betriebsunternehmer, auch wenn er voll und ganz von sozialen Geist erfüllt ist, gegen dieses Gesetz üben. Die Gründe hierfür hat Herr Dr. Waldschmidt, und vor ihm viele andere, mündlich und schriftlich angegeben. Es scheint fast, als wenn Ihnen der Aufsatz von Waldschmidt, betitelt „Unternehmertum und Arbeiterschaft“ in dem Sammelwerk von Friedrich Thimme, „Vom inneren Frieden des deutschen Volkes“, Leipzig 1916, Verlag S. Hirzel, unbekannt ist. Und ich glaube, Sie würden den Aufsatz gegen Waldschmidt nicht geschrieben haben, wenn diese Annahme richtig ist. Wenige Sätze aus diesem Aufsatz, welche ich hier zitiere, dürften Ihnen und weiteren Kreisen die Anregung geben, diesen Aufsatz und dieses Sammelwerk überhaupt im verdienten Maße zu würdigen:

„Diese Erfahrung darf uns nicht entmutigen, keine Frage, daß der Krieg den Individualismus, der im vorigen Jahrhundert noch die mächtigste, fast die einzige Triebfeder im Geschäftsleben war, zurückgedrängt, hingegen das soziale Empfinden in einem Maße stärker gefördert hat, als es im Frieden ein Menschenalter vermocht hätte. Die Ueberzeugung, daß es erstrebenswerter ist, Millionen Menschen in leidlich guten Verhältnissen zu wissen, als einige Hundert in glänzender Lage, ist schon zu sehr durchgedrungen, als daß die Aufgabe, auf das Wohl der Arbeiter ebenso bedacht zu sein wie auf den Gewinn der Unternehmungen, vernachlässigt werden könnte.“